

Zu diesem Heft

Von der Bundespräsidentenwahl 2004 bis zum Problem der sozialen Gerechtigkeit in Wissenschaft und gesellschaftlicher Realität reicht diesmal das Themenspektrum der Zeitschrift. Es schien uns richtig zu sein, dem nur alle fünf Jahre in den Vordergrund öffentlichen Interesses tretenden Thema „Bundespräsident“ einen gesonderten Beitrag, diesmal von Eckhard Jesse, zu widmen. Unruhe um eine Kompetenzüberschreitung seitens eines Bundespräsidenten hat es in der Bundesrepublik, im Gegensatz zur Weimarer Republik, nicht gegeben. Andererseits waren Auswahl und Wahl der Präsidenten nie „unpolitisch“. Immer wieder zitiert wird das Signal, das einst von der Wahl des Sozialdemokraten Gustav Heinemann durch SPD und FDP ausging. Ob dies auch heute wieder so ist, dass CDU/CSU und FDP gemeinsam mit „ihrem“ Kandidaten das Signal zum Regierungswechsel gesetzt haben, muss offenbleiben und wird wohl bald wieder vergessen sein. Gleichsam im Spiel dürfte die Frage bleiben, ob nicht die Zeit reif sei für eine Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk und nicht durch die Volks-Vertreter in der Bundesversammlung.

Die Analyse von Bodo Lippl und Bernd Wegener seziert den sehr Begriff, „Soziale Gerechtigkeit“. Wissenschaftstheoretisch wird unterschieden zwischen normativen Theorien zu Begriff und Begründung von Gerechtigkeit und dem empirischen Zugriff auf Gerechtigkeit, der auf theoretische Ableitungen verzichtet und die subjektive Wertung dessen, was ein Individuum für eine gerechte oder ungerechte Verteilungsordnung hält, hinnimmt. Hierzu werden interessante empirische Ergebnisse zum Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland, unterteilt nach West und Ost, vorgestellt: Nach welchen Prinzipien sollte der Wohlstand verteilt werden? Muss, oder auch: sollte die ungerechte Verteilung fatalistisch hingenommen werden? Bezogen auf Deutschland kommen die Autoren u.a. zum dem Urteil, dass sich die „Gerechtigkeitslücke in den Köpfen“ Ost- und Westdeutscher auch 10 Jahre nach der Vereinigung nur leicht verringert habe.

Die Sicht der neuen EU-Beitrittsländer auf die EU und ihre bisherige Grundorientierung behandelt Jürgen Dieringer. Vor allem gehe es um das Paradoxon: „Man will Integration, ohne Souveränität abgeben zu müssen.“. Daraus folgt, dass der Nizza-Vertrag mit der förmlichen Eingliederung der neuen Mitglieder, nicht aber eine weitergehende integrierende europäische Verfassung als Krönung europäischer Einheit angesehen wird. So wird Gleichbehandlung groß geschrieben in bezug auf die Stimmengewichte, die Zahl der Kommissare, die halbjährlich wechselnde EU-Präsidentschaft. Bedeutsame Unterschiede zwischen den neuen und den alten Mitgliedern bestehen in der Priorität von Agrarhilfen und Regionalpolitik bei geringerem Gewicht von Bildung, Forschung, Umwelt. In der EU-Außenpolitik orientieren sich die Beitrittsländer eher auf das umliegende Europa, während die Kernstaaten eher geopolitisch zu agieren versuchen.

Gleich vier Beiträge dieses Heftes behandeln Bildungsfragen im weitesten Sinne. Ludgera Vogt macht anhand eines abgeschlossenen Forschungsprojekts darauf aufmerksam, dass „jenseits von PISA“ die Bürgergesellschaft nicht nur hochgradig abhängig sei von den Bildungsressourcen in der Bevölkerung, sondern dass sie selbst eine zunehmend wichtige Bildungsinstitution darstelle, deren Potentiale bislang noch kaum untersucht seien. Sie registriert die Herausbildung einer neuen Auffassung vom Ehrenamt, das aus der Sicht der freiwillig Tätigen, durch ein Geben und Nehmen, aber auch

durch eine gewisse Selbstselektion gekennzeichnet sei. Die sozialen Homogenität einer Stiftergruppe z.B. hindere potentielle Mitstreiter am Zutritt. „Service Learning“ sei demgegenüber der Versuch, bürgerschaftliches oder gemeinwohlorientiertes Engagement und institutionalisierte Bildung systematisch zu verknüpfen. Beispielgebend sei es, wenn ehrenamtliche Arbeit als erfahrungsorientierter Lernprozess im Rahmen schulischer Curricula organisiert werde.

PISA ist auch der Kristallisationspunkt des eher ironischen Brennpunktes von Josef Zellner.

Edwin Stiller fragt in seinem Beitrag, ob der neue Trend in der Bildungsdiskussion, durch „Standards“ in den Schulfächern eine höhere Effektivität und Qualität der schulischen Ausbildung zu erreichen, auch für die politische Bildung gelten kann. Hans Joachim Klein erläutert die Ergebnisse einer neuen Untersuchung zum Wirtschaftsunterricht an Gymnasien in Baden-Württemberg. Diesmal geht es vor allem um die Frage, wie Schulleiter einerseits, angehende Lehrer andererseits zur Behandlung von Wirtschaftsfragen im Unterricht stehen, welche Notwendigkeiten und Schwerpunkte sie sehen.

Wie immer enthält auch dieses Heft der GWP „Aktuelle Informationen“, also kürzere Beiträge zu relevanten Themen der Gegenwart. Bei Petra Bendel geht es um den Dauerbrenner „Zuwanderungsgesetz“, das wieder einmal Ende Mai „endgültig“ abgeklärt schien, und seinen Charakter mittlerweile stark verändert hat. Hartmut Behr ordnet in seinem Beitrag die völlig unübersichtliche Szenerie des islamischen Terrorismus rational, kompetent und höchst informativ.

Indirekt hängt der Beitrag von Heiner Adamski unter der Rubrik „Rechtsprechung kommentiert“ mit dem Letztgenannten zusammen. Beim sogenannten „große Lauschangriff“ geht es um Art 13 Abs.1 des Grundgesetzes, die „Unverletzlichkeit der Wohnung“, und damit zugleich um den Schutz des eigentlich Privaten. Betrachtet man die ursprüngliche Fassung dieses Grundrechtes und sieht, wie allmählich, aber vor allem in neuester Zeit aus drei einleuchtenden Absätzen nunmehr sieben Absätze höchst komplizierter in technische Bereiche hineingehende Detailregelungen geworden sind, dann können einem durchaus die Haare zu Berge stehen. Die freiheitliche „offene“ Gesellschaft hat unter dem Druck des alten und neuen Terrorismus ihr Antlitz bedrückend verändert, verändern müssen, wie es wohl zu Recht die Mehrheiten im Bundestag gesehen haben.

Eine weitere aktuelle und dennoch zugleich seit 30 Jahren vorhandene gesellschaftliche Problematik ist nach einem unschönen Medienbegriff die „Ausbildungsplatzmisere“. In der Sparte „Kontrovers dokumentiert“ zeigt Hans-Hermann Hartwich die Entwicklung des betrieblichen Ausbildungswesens und die damit verbundenen Grundfragen und -kontroversen zwischen betrieblicher Verpflichtung und staatlicher Verantwortung auf. Kann der Staat, der in einer freien Wirtschaft keine Arbeitsplätze bereitstellen kann, Ausbildungsplätze schaffen oder sichern? Diese Grundfrage wurde anlässlich der Verabschiedung der „Ausbildungsplatzumlage“ von weiteren Fragen, Kritiken und Konzepten variiert, die von freiwilligen „Pakten“ der Wirtschaft bis zum Vorwurf, das im Mai 2004 beschlossene Gesetz sei ein „bürokratisches Monster“ reichen. In jedem Fall ist dieses Thema hervorragend für den interdisziplinär orientierten Sozialkundeunterricht geeignet.

Ähnliches galt schon einmal für den Beitrag von Heiner Adamski über „Dosenpfand und Kreislaufwirtschaft“ in Heft 4/2002, der nun zu einem Unterrichtsmodell von Alexander Ersfeld mit dem Titel „Der Kampf um das Dosenpfand“ geführt hat. Inhaltlich ist auch dieses Thema ein „Dauerbrenner“ deutscher Innenpolitik und zugleich ein Lehrbeispiel in Politik.

Die Herausgeber